Liberté • Égalité • Fraternité
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org

2018

www.ambafrance-de.org

Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron vor dem Kongress

Versailles, den 9. Juli 2018

[…]

Am 17. Juli empfange ich die Sozialpartner zu Gesprächen über genau diese Veränderungen und über die Agenda der erwarteten Reformen.

Der Premierminister wird nach der Sommerpause die Gespräche dazu steuern. Ich möchte in diesem nun anbrechenden zweiten Regierungsjahr unserem Land als Republik des sozialen Dialogs und Verhandelns wieder Gestalt geben, denn ich glaube an diese Idee, und ich möchte im Gespräch mit allen Sozialpartnern, aber auch mit den gewählten Vertretern, die Grundlagen für einen Gesellschaftsvertrag dieses neuen Jahrhunderts schaffen. Über die Details möchte ich am 17. Juli mit den Sozialpartnern reden. Über die Reform der Arbeitslosenversicherung, die ich eben angesprochen habe, aber auch über den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und all die Themen, die für diesen Umbau unerlässlich sind. Ich möchte diese Gespräche in demselben konstruktiven Geiste führen, in dem es uns in den letzten Monaten gelungen ist, mit der Regierung und allen Sozialpartnern einen Dialog über die Gleichstellung von Frauen und Männern zu führen.

Wir wollen an ein nachhaltiges Wachstum anknüpfen und gleichzeitig ein Wachstum fördern, das auf Teilhabe setzt. Deshalb empfange ich diesen Monat Vertreter der 100 wichtigsten französischen Unternehmen und werde sie aufrufen, sich mit Blick auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu engagieren. Ich erwarte von ihnen, dass sie sich in der Lehrlingsausbildung und der Beschäftigung in sozialen Brennpunkten und wirtschaftlich schwachen Regionen einbringen, denn ohne soziales Engagement aller Beteiligten wird kein Schwung in die Wirtschaft kommen.

[…]

Die Territorialpolitik, an die ich glaube, ist eine Territorialpolitik, die im Dienste unserer Mitbürger steht, bei der Sie nicht mehr monatelang über die Übertragung von Zuständigkeiten an diesen oder jenen beraten müssen, wie in den letzten Jahrzehnten permanent geschehen, um dann in der nächsten Legislaturperiode alles rückgängig zu machen. Nein! Die Ihnen vorliegende Verfassungsreform sieht eine Dezentralisierung von Projekten durch Differenzierung und Raumordnung vor; sie sieht auch die Schaffung neuer Projekte vor; ein neues Austarieren der Gebiete, indem Unternehmenstätigkeiten in bestimmten Gebieten angesiedelt werden, begleitet von der Regierung und mitgestaltet von den lokalen Vertretern.

[…]

Das oberste Ziel für das kommende Jahr ist klar: Wir müssen den Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts aufbauen. Ein emanzipierender, allumfassender, effizienter Wohlfahrtstaat, der die Bürger in die Pflicht nimmt, d.h. ein Wohlfahrtstaat, der besser abdeckt, besser schützt und sich auf für alle gleichermaßen geltende Rechte und Pflichten stützt.

Zuerst einmal allumfassend. Der Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts war auf eine Gesellschaft mit Vollbeschäftigung ausgelegt. Eine Arbeit zu haben, eine dauerhafte, feste Anstellung, wurde so zum Türöffner zur Solidargemeinschaft. In einer Gesellschaft, die von Massenarbeitslosigkeit betroffen ist und in der die Menschen immer wieder Unterbrechungen im Werdegang haben, funktioniert dieser Türöffner nicht mehr und ist sogar zu einer gefürchteten Hürde geworden. Unsere Solidarität ist mittlerweile also an den Status des Einzelnen gekoppelt, an seine berufliche Laufbahn und Berufsbranche, und das ist nicht mehr zeitgemäß in einer Wirtschaft, die auf Innovation und Kompetenz setzt.

Wir müssen also unsere Mitbürger schützen, und zwar nicht in Abhängigkeit von Status oder Branche, sondern gerechter und umfassender. Wir haben die Arbeitslosenversicherung dieses Jahr auf die Selbständigen und die Arbeitnehmer, die selbst gekündigt haben, ausgeweitet, nachdem die Sozialpartner vorab die Modalitäten verhandelt hatten. 2019 werden wir unser Rentensystem auf neue Beine stellen, damit die Menschen mit zusammengestückelten, instabilen, außergewöhnlichen Lebensläufen besseren Schutz bekommen, was im Übrigen oft Frauen betrifft.

Wer in diesem Zusammenhang behauptet, wir wollten die Hinterbliebenenrenten abschaffen, verbreitet ein ungesundes Gerücht und will offenbar Angst schüren.

Ich sage es ganz deutlich: Für die heutigen Rentner wird sich nichts ändern, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Es wurde hier nicht beschlossen, bei den Rentnern von heute zu sparen, oder bei denen, die kurz vor der Rente stehen, sondern es wurde zum ersten Mal beschlossen, ein gerechtes, einheitliches, transparentes Rentensystem zu begründen, das Schritt für Schritt an die Stelle der rund vierzig unterschiedlichen Systeme, die es heute gibt, treten soll!

Denn wer heute kein Vertrauen mehr in das Rentensystem? Die jungen Menschen! Weil sie nicht daran glauben, dass dieses System ihre Rente finanzieren kann. Wenn ich all diese empörten Stimmen höre, scheint mir, als hätten alle vergessen, dass unser Rentensystem, an dem ich sehr festhalte und das im Mittelpunkt dieser Reform steht, auf einem System der Umverteilung fußt, auf der Solidarität zwischen den Generationen. Rente bedeutet nicht, einen Anspruch zu haben, wenn man sein Leben lang einbezahlt hat. Die Rente bedeutet, dass die aktive Bevölkerung für die Rentner bezahlt.

Es geht um die Neubegründung dieses einheitlichen, transparenten, gerechten Systems. Darüber werden Sie debattieren, daran werden Sie arbeiten und darüber werden Sie abstimmen.

Ein effizienter Wohlfahrtsstaat, das betrifft besonders den Gesundheitsbereich, wo erste Reformen zur Null-Restbelastung für Patienten sowie zur Gesundheitsprävention bereits eingeleitet wurden. Im Herbst wird ein tiefgreifender Umbau unser Pflegeversorgung auf dem gesamten Staatsgebiet folgen, damit wir besser gewappnet sind gegen neue Risiken, neue Krankheiten, gegen die Veränderungen im Gesundheitswesen in einer alternden Gesellschaft, in der die Zahl chronischer Erkrankungen deutlich höher ist.

Und schließlich ein Wohlfahrtsstaat, der die Bürger in die Pflicht nimmt. Die Solidargemeinschaft wird immer mehr über Steuergelder finanziert. Das haben Sie im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung verabschiedet, wo die Allgemeine Sozialsteuer den Arbeitnehmeranteil der

Sozialabgaben ersetzt. Dabei muss man immer die Reform als Ganzes erklären, also nicht nur sehen, dass die Allgemeine Sozialsteuer steigt, und dabei vergessen, dass im Gegenzug die Sozialabgaben gesunken sind.

Durch die Reform konnte die Kaufkraft der Arbeiter verbessert und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit erhalten sowie die Rechte gewährleistet werden. Das führt uns aber auch dazu, die Philosophie unserer Solidargemeinschaft wieder neu zu denken, zurück zum eigentlichen Kern. Diese Solidarität ist immer weniger als individuelle Versicherung mit festen Ansprüchen zu verstehen, die von allen Steuerzahlern mitgetragen wird. Sie beinhaltet Rechte und Pflichten, denn jeder Einzelne fungiert als Buchhalter der Allgemeinheit und die Allgemeinheit als Buchalter jedes Einzelnen. Durch die Reform, die Sie verabschiedet haben, wird die Arbeitslosenversicherung nun gar nicht mehr über die Arbeitnehmerbeiträge finanziert, sondern über die Arbeitgeberbeiträge und die Allgemeine Sozialsteuer. Dieser Wandel bedeutet in der Konsequenz, die wir ziehen müssen, dass es keinen Anspruch auf Arbeitslosigkeit im klassischen Sinne mehr gibt; es gibt den von der Gesellschaft ermöglichten Zugang zu einem Recht, für den es aber keine individuelle Garantie gibt, weil alle Steuerzahler daran mitbezahlt haben.

Genau hier darin liegt der echte Wandel, aber auch die echte Würde. Jeder Einzelne muss geschützt werden, doch jeder Einzelne trägt auch seinen Teil der Verantwortung in der Gesellschaft.

Indem man nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leistet, wird man zum Bürger. Wir werden daher unser Solidaritätssystem so umbauen, dass es umfassender wird und die Menschen in die Verantwortung nimmt. Das heißt, dass jeder, der kann, in die Berufstätigkeit, sei es auch in Teilzeit, begleitet wird, und von jedem gefordert wird, dass er nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leistet. Dieses System aus Rechten und Pflichten bildet das Herzstück des republikanischen Paktes – und nicht die von einigen so schrecklich stigmatisierte Abhängigkeit von Sozialleistungen.

Diese Philosophie findet ihre Umsetzung in der Reform der Arbeitslosenversicherung sowie in der Reform der Sozialhilfe.

Unsere nationale Solidarität findet nicht zuletzt Ausdruck in der bedingungslosen Hilfe, die wir den Schwächsten in unserer Mitte schuldig sind. Das sind allen voran die Kinder. Womit kann sich eine Sozialpolitik rühmen, die jedes fünfte Kind in unserem Land zur Armut verdammt hat?

Wir werden investieren, um die Kinder aus der Armut und deren dramatischen Folgen herauszuholen. Wir werden insbesondere etwas für gefährdete oder misshandelte Kinder tun, von denen es so viele in unserem Land gibt. Die Initiativen dazu werden im Herbst kommen.

Weiter geht es um unsere Mitbürger, die mit einer Behinderung leben. Da haben Sie die Aufstockung der Beihilfe für behinderte Erwachsene um 100 Euro beschlossen. Auch die Maßnahmen zur Wiedereingliederung in die Schule und den Arbeitsmarkt werden weiter verfolgt, mit klaren Budgetentscheidungen und verstärkter Unterstützung für die betroffenen Menschen. Wir wollen auch eine Politik betreiben, die dafür sorgt, dass diese Menschen ihre Bürgerrechte wieder uneingeschränkt wahrnehmen, also auch eine Ausübung des Wahlrechts für die Menschen unter Vormundschaft.

Und dann sind da unsere Mitbürger, die in Armut leben. Die Strategie zur Armutsbekämpfung wird im September vorgelegt und 2019 umgesetzt. Sie ist das Gemeinschaftswerk aller Akteure und begnügt sich nicht mit einer klassischen Umverteilungspolitik, sondern beinhaltet eine Investitionspolitik mit sozialen Begleitmaßnahmen, keine neuen, rein finanziellen Beihilfen, sondern eine reale Unterstützung auf dem Weg in Richtung Berufstätigkeit, Arbeit, Wirksamkeit der Grundrechte, Gesundheit, Wohnraum, Bildung. […]

Und schließlich sind da unsere ältesten Mitbürger, die Pflegebedürftigen. Diese Menschen und ihre Familien sind in großer Sorge. Wir haben zugelassen, dass sich diese Sorge breit macht und dass die Familien selber, außerhalb irgendeines offiziellen Rahmens, Antworten finden; und dass die Pflegebedürftigkeit zu einem großen Elend geworden ist, zum einen für die Menschen, die die letzten Monate ihres Lebens in dieser Notsituation verbringen müssen, aber auch für ihre Familien, die in Sorge sind, oft weil sie ihren älteren Angehörigen nicht das Leben bieten können, das sie ihnen schuldig sind. Elend auch für das Pflegepersonal, das sich diesen Umbrüchen in der Pflege stellen muss. Wir treten heute immer später in immer schwierigere Situationen ein und das Personal leistet bemerkenswerte Arbeit, aber die Ausstattung und die Betreuungsverhältnisse stehen nicht in Relation zu den Anforderungen einer zunehmend medizinischen Pflege und der im Wandel begriffenen Gruppe älterer Menschen.

In den letzten Jahren ist ein neues soziales Risiko entstanden, dem wir alle ausgesetzt sein werden, und wenn ich die Sorgen unserer älteren Mitbürger höre, dann ist da nicht nur die Sorge um sich selbst oder ihre Rente, sondern die Sorge darum, was später aus ihnen wird und aus den Menschen, um die sie sich kümmern. Wir müssen also für eine umfassende Finanzierung und Bewältigung dieses sozialen Risikos sorgen, wir dürfen es nicht mehr länger ignorieren oder nur Scheinlösungen anbieten.

Wir müssen den Familien helfen, die Dinge anders zu organisieren, auf den Bedarf des Altenpflegepersonals eingehen, das diese bewundernswerte Arbeit leistet, die ich gerade beschrieben habe; und deshalb werden wir 2019 die Dinge anpacken und ich möchte, dass dann ein Gesetz verabschiedet wird, das Antworten auf diese Herausforderung liefert.

[…]

Um dieser kulturellen und gesellschaftlichen Unsicherheit, die ich erwähnt habe, zu begegnen, müssen wir Frankreichs Projekt für Europa hoch halten. Es geht darum, zurückzufinden zum Kern, ja zur Substanz unserer Zusammenarbeit bei allen Herausforderungen, die wir als Europäer nur gemeinsam meistern können. Dieses Engagement, dieses französische Projekt hat bereits Fortschritte ermöglicht, die niemand bis dato für möglich gehalten hätte. Es ist uns gelungen, ein Europa voranzubringen, das seine Bürger besser schützt, und zwar durch eine Verteidigungspolitik, an die in den letzten 70 Jahren gar nicht zu denken war; durch eine bessere Regulierung der entsandten Arbeitnehmer, wodurch die europäischen Arbeitnehmer geschützt werden; durch die Verteidigung unserer gemeinsamen Handelsinteressen; durch eine deutsch-französische Einigung über mittelfristige Ziele, die vor ein paar Wochen getroffen wurde, die in den vergangenen 20 Jahren nicht vollbracht wurde und die es ermöglicht hat, die Grundlagen für einen Eurozonen-Haushalt zu schaffen. […]